



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/VII/206 - 6.9.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Saar-Hoffmann isoliert	S. 1
Bevan und die britischen Gewerkschaften	S. 3
Der "Führer der Opposition"	S. 4

Anhang: Verlautbarungen über die Parteivorstands-Sitzung
am 5. und 6. September

Wachsende Opposition im Saargebiet

xx - Saarbrücken

Der französische " Botschafter" in Saarbrücken, Monsieur Gilbert Grandval, hat kürzlich in dem Mitteilungsblatt seiner Dienststelle einen Artikel unter der Überschrift "Wie es euch gefällt" veröffentlicht und darin gesagt, daß Frankreich und das Saarland mit dem jetzigen Zustand an der Saar völlig zufrieden seien und es deshalb bei den Pariser Verhandlungen lediglich darauf ankomme, daß durch Zugeständnisse der Bundesrepublik eine sogenannte "europäische Lösung" der Saarfrage herbeigeführt werden könne. Es sei selbstverständlich, daß Frankreich auf der Beibehaltung des wirtschaftlichen Anschlusses der Saar und ihrer politischen Lostrennung von Deutschland bestehen müsse, wenn es in einigen anderen Fragen nachgeben solle.

Nun, Herr Grandval mag insoweit Recht haben, wenn er sagt, Frankreich ist mit dem jetzigen Zustand einverstanden, aber er hat Unrecht, wenn er dasselbe von den Menschen an der Saar behauptet. Hier gibt es außer der Hoffmann-Regierung und der Führung der separatistischen Parteien kaum jemanden, der für die Aufrechterhaltung der französischen Vorherrschaft in Wirtschaft und Politik eintritt. Wie stark die Unzufriedenheit mit der Separationspolitik der heute herrschenden Kreise in Saarbrücken ist, zeigt das ständige Anwachsen der Opposition. Trotz polizei-

staatlicher Unterdrückungsmethoden und trotz der Nichtzulassung der deutschen Parteien findet die Bevölkerung Mittel und Wege, ihre Ablehnung des jetzigen Regimes zum Ausdruck zu bringen.

So waren beispielsweise in der letzten Zeit die Propagandaplakate, die die Saarregierung im ganzen Land für die Aufrechterhaltung des Wirtschaftsanschlusses zum Aushang brachte, mit Parolen gegen die Separatisten überklebt, die ganz offensichtlich nicht von den Kommunisten stammen. Die Parteien, die die dauernde Separation der Saar von Deutschland unterstützen, befinden sich in einem Zerfallsprozeß, der von den Parteileitungen nicht aufzuhalten ist.

Besonders die "oppositionelle" SPS, mit deren Wagen nachts die Flugblätter der reaktionären Regierung Hoffmann verteilt werden, ist durch den Austritt des früheren Fraktionsvorsitzenden, MdL Karl Etienne, auf dem besten Wege, einen Großteil ihrer Mitglieder zu verlieren. Etienne und seine Freunde, die gemeinsam mit den Gründern der Deutschen Sozialdemokratischen Partei in der SPS schon seit langem den Kampf gegen die einseitig nach französischen Wünschen ausgerichtete Politik der Partei führten, kamen nun zu der Überzeugung, daß ihnen durch die Unterdrückung der innerparteilichen Demokratie keine Möglichkeit mehr gegeben ist, eine Änderung des Kurses der SPS herbeizuführen. Ihr Austritt war für die unzufriedenen Sozialdemokraten im ganzen Land ein Fanal. Ganze Ortsgruppen haben sich ihren jetzt schon angeschlossenen und andere werden folgen. Daß die SPS-Führung die Ereignisse bagatellisiert und Falschmeldungen herausgibt, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß besonders im östlichen Teil des Saargebietes und in den großen Ortsgruppen des Industriegebietes nur noch einige durch ihren Beruf in Abhängigkeit befindliche Angestellte und Beamte Mitglieder dieser Partei sein werden.

Ebenso eindeutig ist die Entwicklung in den Gewerkschaften. Bei einer Besprechung mit Vorstandsmitgliedern des DGB hat die Mehrheit der Vorstandsmitglieder der Einheitsgewerkschaft sich dafür ausgesprochen, daß die Saar ein Land der Bundesrepublik wird und daß die Wirtschaftsbedürfnisse der Saar und Lothringens durch Wirtschaftsverträge zwischen Frankreich und Deutschland berücksichtigt werden. Die Bergarbeitergewerkschaft mit ihren über 40000 Mitgliedern forderte auf einer Revierkonferenz, an der etwa 1000 Funktionäre teilnahmen, die Beseitigung der Konventionen, die Neuordnung der Saargrubenverwaltung, die sofortige Einstellung des Kohlenabbaues im Warndt durch die Charbonnage de France und die Herstellung der demokratischen Freiheiten im Saargebiet. Die Bergarbeiter wandten sich direkt an die Bundesregierung und forderten sie auf, alles zu tun, um die widerrechtliche Ausbeutung der Warndtkohle zu unterbinden.

Daß man sich aus dem Saargebiet hilfeuchend an die Bundesregierung wendet und sie um die Wahrung berechtigter Interessen ersucht, zeigt, wie wenig Vertrauen man zu der Saarbrücker Protektorsregierung hat und wie sehr die jetzigen Machthaber an der Saar von der Bevölkerung isoliert sind. Das Vertrauen, daß die Bergarbeiter der Bundesregierung entgegenbringen, muß von ihr aber auch gerechtfertigt werden. Wenn sie trotz der eindeutigen Entwicklung an der Saar auf deren politische Zugehörigkeit zu Deutschland zugunsten einer Europäisierung verzichten würde, könnte ihr der Vorwurf des Verrats der deutschen Menschen an der Saar nicht erspart bleiben.

Enttäuschung für Bevan

Von unserem Londoner B.C.-Korrespondenten

In Kreisen der "Bevanisten" innerhalb der Labour-Party herrscht tiefe Enttäuschung wegen des Ergebnisses der Aufrüstungsdebatte auf dem britischen Gewerkschafts-Jahreskongreß in Margate. Hätten Bevan und seine Freunde ihre Erwartungen nicht allzu hoch gespannt, so könnten sie mit dem Resultat eigentlich recht zufrieden sein. Während im Vorjahre die Gewerkschaften noch eine fast ununterbrochene Front gegen die Bevanrichtung einnahmen (im Gegensatz zu den Partei-Ortsvereinen, die schon damals vorwiegend zu ihr neigten), konnten die Kritiker des von Attlee eingeleiteten Rüstungsprogramms dieses Jahr bereits die beachtliche Minorität von 1.887.000 Stimmen gegen 6.041.000 der "Orthodoxen" für sich buchen.

Bevans relativer Fehlschlag ist mit der alten Weisheit zu erklären, daß Lob vom Gegner eher schadet als nützt. Bevor Bevan im April 1951 aus der Labour-Regierung austrat, war er bei den Kommunisten der am heftigsten als "Sozialfaschist" verschrieene Minister. Er hat auch seither aus seiner tiefen Abneigung gegen die Sowjetdiktatur nicht den geringsten Hehl gemacht. Dennoch haben die britischen Kommunisten in der Hoffnung, zu einer Spaltung der Labour-Party beizutragen, seit seinen Differenzen mit der "orthodoxen" Parteilung nach Kräften versucht, seine Sache zur Ihrigen zu machen.

Auf dem Gewerkschaftskongreß sprach zur Unterstützung der Entschließung, die eine Beschränkung der Rüstung zugunsten des Lebensstandards fordert, J. Scott von den Maschinenbauern, ein erklärter Kommunist. Seine Rede schreckte eine große Zahl von Vertretern insbesondere der kleineren und mittleren Verbände ab, die an sich mit der Bevanrichtung sympathisierten. Sie stimmten für die Entschließung des Zentralrates, die "soviel Aufrüstung, wie Großbritannien tragen kann" forderte, also einen Kompromiß zwischen dem ursprünglichen Programm Attlees und den Wünschen der "Bevanisten" darstellt. Es ist ziemlich klar, daß ohne das kommunistische Eingreifen Bevans Richtung für ihre schärfere Formulierung der Begrenzung des Rüstungsprogramms durch die Leistungsfähigkeit der britischen Volkswirtschaft sehr viel mehr

Stimmen, vielleicht gar eine knappe Mehrheit hätte sammeln können.

Für den am 29. September zu Morecambe in Lancashire zusammentretenden Labour-Parteitag bedeutet das Ergebnis, daß das Schwergewicht der Gewerkschaftsstimmen nicht für Bevan in die Wagschale geworfen wird, sondern daß er im großen und ganzen nur mit seiner (allerdings beträchtlichen) Gefolgschaft unter den Partei-Einzelmitgliedern in den Ortsvereinen rechnen darf, die sieben Sitze zum Parteivorstand wählen, wogegen die Gewerkschaften deren zwölf besetzen.

Da die Bevanisten bereits vorher erklärt hatten, daß sie willens sind, sich den Beschlüssen der Mehrheit des Parteitages zu fügen (was nach der Tradition der Labour-Party eigentlich selbstverständlich ist), so kann mit Sicherheit damit gerechnet werden, daß die Hoffnungen der Tories und Kommunisten auf Krach und Spaltung in der Labour-Party noch bitterer enttäuscht werden, als diesmal die Wünsche der Bevanleute.

+ + +

Der "Führer der Opposition"

-tt- Die Tatsache, daß die Trauer um den verstorbenen SPD-Vorsitzenden Dr. Kurt Schumacher ihren Ausdruck auch in einem Staatsakt im Bundestag, in Kondolenzbesuchen der Hohen Kommissäre und vieler Diplomaten sowie in der Halbmastbeflaggung aller öffentlichen Gebäude in der Bundesrepublik gefunden hat, ist von eminent politischer Bedeutung. Gewiß galt die Verneigung des deutschen Volkes und des Auslandes am Sarge Schumachers in erster Linie dem großen Menschen und Politiker, aber zugleich ist in ihr auch die stillschweigende Legalisierung des politisch-parlamentarischen Begriffes und der staatlichen Funktion des "Führers der Opposition" zu sehen.

Das deutsche Grundgesetz kennt diese Position nicht, aber die Kraft der Persönlichkeit Dr. Schumachers, der im Herbst 1949 als Fraktionsvorsitzender der stärksten Oppositionspartei zugleich praktisch der Führer der parlamentarischen Opposition schlechthin geworden ist, hat aus dieser ursprünglich nur rein parlamentarisch-organisatorischen Aufgabe eine zwar verfassungsmäßig nicht vorgesehene, aber

faktisch eben doch höchst wirksame staatspolitische Funktion gemacht. Der Begriff des "Führers der Opposition" bekam durch die Persönlichkeit Schumachers Leben, und die Funktion wurde daher allmählich auch von der Gegenseite anerkannt.

England, das parlamentarische Vorbild auch in dieser Frage, kennt als einziger Staat den "Führer Seiner Majestät Opposition" seit Beginn des 19. Jahrhunderts und zahlt ihm seit Anfang des 20. Jahrhunderts ein Staatsgehalt von 5000 Pfund Sterling, also die Hälfte des Gehaltes des Premierministers. Wie die ganze englische Verfassung ist auch die Einrichtung des Oppositionsführers ungeschriebenes Gewohnheitsgesetz. Seine Aufgaben umfassen einmal die Verpflichtung zur loyalen Opposition gegenüber der Regierung und zum zweiten repräsentative Obliegenheiten. So war Mr. Attlee, der gegenwärtige "Führer der Opposition", neben Premier Churchill und den Sprechern der beiden Häuser einer der vier "Führer der Nation", die die Königin Elizabeth nach dem Tode Georg V. auf dem Londoner Flugplatz erwarteten.

In der Bundesrepublik wird die Position des "Führers der Opposition" weder durch das Grundgesetz noch auch durch eine Tradition, (die es noch gar nicht geben kann), bestimmt. Aber mit dem Wirken Schumachers und mit dem Staatsakt, der zu seiner Ehrung und zu seinem Andenken im Bundestag abgehalten wurde, ist der Anfang einer solchen Tradition gesetzt worden, die vielleicht auch einmal kodifiziert werden könnte, wenn das Bedürfnis dafür vorliegen sollte. Heute jedenfalls ist der "Führer der Opposition" für Deutschland und für das Ausland bereits ein fest umrissener Begriff.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß der Nachfolger Schumachers diese von seinem großen Vorgänger begonnene Tradition fortsetzen und die staats- und parlamentspolitisch gleicherweise bedeutsame Position und Funktion des "Führers der Opposition" weiter im demokratischen Leben Nachkriegsdeutschlands verankern wird.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau